Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 19 (2003)

Artikel: "Globalisierung", "Europäisierung" und Nationalstaat : unterwegs zu einer internationalen Zeitgeschichte

Autor: Gees, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-871953

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Thomas Gees

«Globalisierung», «Europäisierung» und Nationalstaat

Unterwegs zu einer internationalen Zeitgeschichte

Einleitung[1]

Globalisierung sei die «penetranteste Zeitgeistvokabel der Jahrhundertwende», schreibt Jürgen Osterhammel in seinem Beitrag zum Themenband «Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten», der im Jahr 2000 als Band 10 der gleichnamigen Reihe erschienen ist.[2] Dennoch – die Vokabel Globalisierung beschäftigt mittlerweile auch die Geschichtswissenschaft und vielleicht findet der Begriff Eingang in die Disziplin. Dazu müsste es allerdings gelingen, Globalisierung begrifflich besser zu fassen und einen allfälligen Globalisierungsbegriff für die Geschichte anwendbar zu machen. Der vorliegende Beitrag nimmt diese Zeitgeistvokabel zum Anlass für eine Reflexion über methodische Grundfragen der Zeitgeschichte. Die zeitgenössische Globalisierungsdebatte hat zweifellos fruchtbare Rückwirkungen auf die Zeitgeschichte. Wenn Entwicklungen nach 1945[3] immer mehr jenseits des Nationalstaates stattgefunden haben und somit die zentrale Kategorie «Nationalstaat» zunehmend aufgeweicht wurde, in welcher in der Regel Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von Historikern analysiert werden, dann muss auch der Zeitgeschichtler generell seinen Bezugsrahmen kritisch hinterfragen: reicht es beispielsweise, eine schweizerische Sozial-, Wirtschafts- oder auch Politikgeschichte zu schreiben, indem man ausschliesslich lokale, regionale oder nationale Entwicklungen analysiert? Und falls nicht, welcher Bezugsrahmen jenseits des Nationalstaates wäre dann angemessen? Wie können allenfalls internationale und nationale Bezüge (Fragestellungen und Methoden) sinnvoll kombiniert werden und welcher zusätzliche Nutzen würde sich aus dieser erweiterten Sichtweise ergeben? Wie sähe bestenfalls eine solche Zeitgeschichte aus? Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die Globalisierungsdebatte in der Zeitgeschichte,[4] unternimmt dann Ausflüge in sozialwissenschaftliche Nachbardisziplinen und stellt am Schluss an einem knapp zu schildernden Beispiel eine

mögliche Umsetzung eines die internationale Dimension einbeziehenden Forschungskonzepts vor. Dabei beziehen sich die generellen Bemerkungen vorwiegend auf die Periode zwischen 1947 und 1974, auf die «goldenen Jahre» (Hobsbawm)[5] oder auf die Phase des Booms nach dem Zweiten Weltkrieg.[6] Diese Einschränkung ergibt sich einerseits daraus, dass diese Periode eine wirtschaftsgeschichtliche Einheit – eine Periode fast ungebrochenen Wirtschaftswachstums und eines zumindest in gewissen Weltregionen rasanten sozialen Wandels und Fortschritts – darstellt und andererseits, weil hier die grössten Defizite in der Zeitgeschichte vorhanden sind, bedingt durch die gegebenen Schutzfristen der Archivbestände. Diese Periode stellt die Zeitgeschichte auch insofern vor eine spezielle Herausforderung, weil wir teilweise aus eigener Erfahrung, teilweise aus Schilderungen uns nahe stehender Personen über ein angeblich grosses Wissen verfügen, was allerdings den Blick auf einen vorurteilsfreien Umgang mit den Quellen erschweren kann. Gerade in dieser Hinsicht kann die erweiterte Perspektive über den nationalen Bezugsrahmen und die nationalen Archivbestände hinaus besonders fruchtbar sein, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Globalisierung, Aussen- und Innenpolitik

Ulrich Beck versteht unter Globalisierung «Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden».[7] Angesprochen wird somit die national verfasste Gesellschaft, welche einem Prozess der Durchdringung auf verschiedenen Ebenen ausgesetzt ist, wobei Rückwirkungen auf wirtschaftliche Tätigkeiten, soziale Beziehungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten festzustellen sind. Für die Periode nach 1945 interessieren insbesondere die Wechselwirkungen, die Interdependenz zwischen der internationalen/europäischen und der nationalen Ebene bzw. zwischen dem internationalen/europäischen System und dem Nationalstaat. Weil die Geschichtswissenschaft vorrangig in nationalen Kategorien denkt, liegt hier eine grosse Herausforderung vor ihr, welche erst seit kurzem reflektiert wird.[8] Als forschender Zeitgeschichtler wendet man den weitaus grössten Teil der (zeitlichen) Ressourcen in der Regel für das Handling des wachsenden Aktenbergs auf, weshalb kaum Zeit für theoretische Reflexion übrig bleibt.[9]

Es geht weniger um die seit 1945 häufig gestellte Frage nach der Zukunft bzw. nach dem Ende des Nationalstaates. Als Historiker ist man weniger der Versuchung ausgesetzt, Zukunftsmodelle zu entwickeln oder sich politikberatend zu engagieren. Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Da für die moderne Gesell-

schaft der nationale Bezugsrahmen bis heute ausschlaggebend ist, lohnt es sich, auch die Frage nach den politischen Prozessen zu stellen, welche die Globalisierung überhaupt erst ermöglicht haben. Der Nationalstaat und dessen Politik waren für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ein wichtiger Bezugsrahmen. Die Politik der Globalisierung fiel nach 1945 als Strategie nicht einfach vom Himmel, sondern sie entsprach vielmehr einer bewusst angestrebten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Option mit Konsequenzen für die betroffenen Gesellschaften wie auch der unbelebten Umwelt. Um diesen Prozess zu analysieren, scheint sich ein Methodenpluralismus abzuzeichnen, der auf verschiedenen historischen nterdisziplinen basiertAls besonders ergiebig erscheint ein Mix aus Diplomatie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, um diese Prozesse angemessen zu beschreiben. Die so genannte Primatsdebatte zwischen den Vertretern der Gesellschaftsgeschichte um Hans-Ulrich Wehler und denjenigen der Politikgeschichte spielen dabei eine untergeordnete Rolle.[10] Ergiebig ist weniger die Frage, ob die Aussenpolitik vor der Innenpolitik Vorrang haben soll oder ob Aussenpolitik tatsächlich Aussenpolitik sei,[11] sondern vielmehr die Frage, die Beate Kohler-Koch für die Bundesrepublik Deutschland gestellt hat: Ist Innenpolitik wirklich *Innen*politik,[12] bzw. historisch gefragt: Waren die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse, welche wir praktisch ausschliesslich in einem nationalgeschichtlichen Kontext zu untersuchen gewöhnt sind, tatsächlich rein *innen*politische?

Umstritten bleibt aber auch der Begriff der Globalisierung als simple Deutungsfolie für die Periode nach 1945. Es wurde von Wirtschaftshistorikern wiederholt darauf hingewiesen, dass (wirtschaftliche) Globalisierung keine neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts sei.[13] Eine zweite Relativierung des Globalisierungsbegriffs betrifft den Geltungsbereich. Die Integration national verfasster Volkswirtschaften und somit auch national verfasster Gesellschaften in einen grösseren Bezugsrahmen wurde vorangetrieben, weil nach zwei Weltkriegen und einer instabilen Zwischenkriegszeit der nationalstaatlich-protektionistische Weg in Westeuropa und Nordamerika als gescheitert betrachtet wurde. Nun sollten die Märkte für Güter, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte wieder gegenseitig geöffnet werden. Insofern ist der Begriff der Globalisierung im Bereich der Politik für die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg problematisch. Es ist nicht nur hinter die Neuartigkeit einer globalen Wirtschaft und Gesellschaft nach 1945 ein Fragezeichen zu setzen, sondern auch hinter die Vorstellung, dass der so genannte Globalisierungsprozess tatsächlich ein *globaler* war. Diesen Prozess könnte man stattdessen mit der vom Politologen Thomas Risse verwendeten Alternative als «OECDisierung»[14] beschreiben. Was nämlich gemeinhin unter «Globalisierung» verstanden wird, gilt im Kern vorab für die OECD-Welt. Die Strategien der OECD-Staaten ähneln sich denn auch in auffallender Weise – Kaelble spricht von einem forcier-

ten Konvergenzprozess in Westeuropa nach 1945[15] –, doch die globale Welt bestand eben auch aus vielen weiteren Weltregionen, wie den Entwicklungs-, Schwellen-, Ostblock- und OPEC-Ländern. Deshalb wird mit der gängigen Vokabel der Globalisierung ein Grossteil der Welt stillschweigend und ganz selbstverständlich ausgeschlossen. Die von Ulrich Beck propagierte *zweite Moderne*[16] bezieht sich somit vor allem auf die nordwestliche Welt, auf Japan, Neuseeland und Australien. Michael Zürn weist auf diesen Widerspruch hin, wenn er von Globalisierung als einem räumlich begrenzten Prozess spricht, der keinesfalls erdumspannende Dimension hatte: «Der Begriff der Denationalisierung erfasst die gegenwärtigen Veränderungen in der OECD-Welt besser.»[17] Auch die Zeitgeschichtler sollten deshalb die Tauglichkeit des Globalisierungsbegriffs kritisch überprüfen, um sich nicht dem Vorwurf eines OECD-Zentrismus auszusetzen. Dennoch – um den holprigen Begriff der «OECDisierung» zu vermeiden, ist im Folgenden von «Europäisierung» die Rede. Unter «Europäisierung» wird der Konvergenzprozess verstanden, der sich in Westeuropa auf Grund gemeinsamer gesellschaftspolitischer Überzeugungen nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen hat. Somit grenzt sich «Europäisierung» auch von «Westernisierung»[18] ab, weil doch gewichtige Differenzen zwischen Europa und Nordamerika in gesellschaftspolitischer Hinsicht zu erkennen sind.

Der Blick über den eigenen Zaun zu den Sozialwissenschaften

Trotz aller Kritik an der Brauchbarkeit des Globalisierungsbegriffs hat die Globalisierungsdebatte, welche in den 1990er-Jahren die Publizistik zunehmend beschäftigte, auch viele positive Reflexionen in den Sozialwissenschaften ausgelöst, die jetzt gleichsam als *spill-over* für die Zeitgeschichte anfallen. Darunter fällt in erster Linie die Begrifflichkeit, welche vermutlich dank der Globalisierungsdebatte präziser herausgearbeitet geworden ist. So wurden in den 1990er-Jahren auch im deutschsprachigen Raum innerhalb der *internationalen Beziehungen* viele Ansätze theoretisch weiterentwickelt und reflektiert mit dem Ziel, das Verhältnis des Nationalstaats zur gesamtem Staatenwelt zu überprüfen, und zwar nicht nur im Bereich der Sicherheitspolitik.[19] Wenn Globalisierung nicht nur auf den wirtschaftlichen, sondern auch auf den politischen Bereich bezogen wird, wird in der politologischen Literatur etwa nach dem «Regieren jenseits des Nationalstaates» gefragt. Ob ein tatsächliches weltpolitisches System existiert, das mehr als die Summe aller Nationalstaaten ist, wird allerdings kontrovers beurteilt. Mit diesen Fragen setzte sich die Politikwissenschaft seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder auseinander und diese Disziplin ist auch bis heute begriffsbestimmend geblieben.

Es gibt in der Theorie der internationalen Beziehungen vereinfachend gesagt zwei Ansätze: den *liberalen Institutionalismus* und den *Realismus*. Der liberale Institutionalismus neigt dazu, die Rolle der Nationalstaaten als politische Akteure im Weltsystem zu relativieren, da deren Vertreter in der internationalen Zusammenarbeit einen irreversiblen Prozess erkennen in Richtung eines interdependenten Weltsystems. Die Nationalstaaten geben gemäss dieser Auffassung Teile ihrer Souveränität im eigenen Interesse auf.[20] Der Realismus geht demgegenüber von einem anarchischen Weltsystem aus, in welchem sich die Vertreter nationaler Regierungen zu behaupten versuchen und primär ihre nationalen Interessen weltweit verfolgen. Diese Dichotomie hat auch Konsequenzen bei der Themenwahl: der Realismus beschäftigt sich vorab mit den *high politics* (die Frage nach Krieg und Frieden), die Institutionalisten eher mit den *low politics,* also mit wirtschafts-, sozial- und neuerdings auch kultur- oder umweltpolitischen Fragestellungen.[21] Aus einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Perspektive sind die liberal-institutionalistischen Ansätze zu bevorzugen, weil diese den existierenden gesellschaftlichen Pluralismus auf nationaler und internationaler Ebene ernst nehmen und sich nicht einfach mit der primordialen Existenz eines nicht näher bestimmten und diffus gehaltenen «nationalen Interesses» zufrieden geben. Mit dem Begriff des «internationalen Regimes» scheint sich diese Erkenntnis jetzt auch im deutschsprachigen Raum durchzusetzen und an Boden zu gewinnen.[22] Gemäss Zürn wird unter einem internationalen Regime die freiwillige Selbstkoordination der Nationalstaaten verstanden.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht um eine erschöpfende Darstellung dieser Theoriedebatte gehen und schon gar nicht um eine fundierte Kritik. Als Historiker mit Interesse an politikgeschichtlichen Themen, die Globalisierungsprozesse einzubeziehen versucht, steht man, was die disziplineigenen Vertreter angeht, vor wenig brauchbaren Theorieangeboten.[23] Es beständen aber für die Zeitgeschichte bisher wenig genutzte Chancen, wenn der Forschungsgegenstand ebenfalls um diese transnationale Perspektive erweitert würde.[24] Will sich die Zeitgeschichte neu positionieren, braucht sie eine kritische theoretische Selbstreflexion. Die Begrifflichkeiten und die theoretischen Voraussetzungen kann sie derzeit nur aus Nachbarschaftsdisziplinen gewinnen.[25] Eine kritische Reflexion ist auch deshalb angezeigt, weil das Nachdenken über den zentralen Bezugsrahmen «Nationalstaat», innerhalb dessen politische Prozesse zumindest juristisch genormt werden, Rückwirkungen auf die Fragestellung und die Methodik bis zur Quellenauswahl hat. Die Auswertung neuer Quellenbestände aus den Nationalarchiven per se noch keine relevanten Fragestellungen, welche die Geschichte gegenüber internationalen Prozessen weiterbringt, ganz abgesehen davon, dass die Resultate international oft nicht kompatibel sind und dadurch nur im nationalen Kontext rezipiert und kritisiert werden.

Forschungsfragen und vorläufige Hypothesen aus zeithistorischer Perspektive

Geht man davon aus, dass «Globalisierung» im 20. Jahrhundert und beschleunigt nach 1945 nicht einfach so passiert war, sondern dass dahinter eine gesellschaftspolitische Überzeugung stand (und steht), so muss diese Politik lokalisiert und quellenkritisch überprüft werden. Es gilt also – mit den Worten Michael Gehlers – eine «Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem» zu schreiben.[26] «Mehrebenensystem» – eine begriffliche Anleihe aus der Politikwissenschaft – meint, dass die Politik auch von der Geschichtswissenschaft auf verschiedenen Ebenen analysiert werden muss. Welche Beziehungen die einzelnen Akteure – staatliche und nichtstaatliche, nationale und transnationale – untereinander haben, welche Interessen sie gemeinsam zu bündeln versuchen und wie diese gemeinsamen Politikkonzepte schliesslich national wiederum verankert werden, ist bisher wenig erforscht.

Wie könnte ein Forschungskonzept aussehen, welches diese Ebenen sinnvoll miteinander kombiniert und die Zeitgeschichte somit zu neuen Fragen bringt? Von welchen Voraussetzungen ist auszugehen und welche Hypothesen können bereits jetzt formuliert werden? Das hier zur Debatte gestellte Konzept fusst auf zwei Hypothesen:

1. Bei der Periode des lang anhaltenden Booms nach dem Zweiten Weltkrieg (1947–1974)[27] handelt es sich zweifellos um einen Globalisierungsschub, wenn man eine eher kurzfristige Perspektive wählt. In einer längeren Betrachtungsweise wäre es aber angemessener, von einer Reglobalisierung zu sprechen. Der Begriff Reglobalisierung bringt zum Ausdruck, dass die weltwirtschaftliche Verflechtung in den 1950er- und 60er-Jahren wieder so stark zunahm, wie sie bereits im 19. Jahrhundert bestanden hatte. In dieser Betrachtung wird somit die Zeit der Weltkriege, also die Zeit zwischen 1914 und 1945 als eine Sonderperiode aufgefasst, wogegen der scheinbar rasante zwischenstaatliche Wirtschaftsaustausch und soziale Wandel nach 1945 eher als eine Rückkehr zur Normalität begriffen wird. In der Zeit nach 1945 lief der Nationalstaat als gesellschaftliche Ordnungseinheit gleichsam zu seiner Höchstform auf: «Durch-Nationalisierung» der Gesellschaftsformation oder «Sozialisierung der Nation» waren die Voraussetzung für eine Identitätsbildung,[28] welche heute im Zuge einer Beschleunigung des sozialen Wandels abhanden kommt, was «hierzulande als ökonomische Leidensgeschichte buchstabiert»[29] wird.

2. Dieser Prozess der Reglobalisierung nach 1945 ist eine Lernprozess, der auf den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre beruhte. Die mit Handels-, Finanz- und internationaler Währungspolitik befassten Akteure bewerteten

den Protektionismus (Stichwort: Zollkrieg) und die staatlichen Eingriffe in den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr (Stichwort: staatliche Devisenbewirtschaftung) im Nachhinein als Politikversagen auf nationaler und in weit grösserem Masse auf internationaler Ebene. Noch mitten im Zweiten Weltkrieg erklärten die Alliierten in der Atlantikcharta die Reglobalisierung zum besten Mittel, um längerfristig das Ziel eines dauerhaften politischen Friedens und wirtschaftlicher Prosperität in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu erreichen. Für die Steuerung dieses Prozesses sollten dauerhafte Institutionen geschaffen werden, die nationale und meist protektionistische Barrieren überwinden sollten. Dauerhafte internationale Regime waren somit gefragt und der Nationalstaat und seine Protagonisten sollten eine neue Rolle zugewiesen bekommen. Dass der Reglobalisierungsschub schliesslich zu einer Erfolgsstory wurde, hängt damit zusammen, dass es gelang, die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbarrieren kontinuierlich abzubauen. Dieser neue Politikstil, der ganz wesentlich dazu beitrug, Globalisierungsprozesse zu unterstützen, ist in der sozialwissenschaftlichen Debatte seit 1945 lebhaft diskutiert worden. Es besteht mittlerweile ein reichhaltiges Theorieangebot vor allem von Seiten der Politologen, welches von der historischen Wissenschaft zu wenig genutzt wird.

Der schmerzliche Lernprozess, den viele europäische Regierungen während des Zweiten Weltkrieges – teilweise noch im Exil – vollzogen haben, mündete nur vordergründig in eine Überwindung des europäischen Nationalstaates.[30] Weder oktroyierten die USA den Westeuropäern ihr Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell auf, noch setzte sich ein genuin europäischer Supranationalismus durch. Eine Amerikanisierung des «freien Europas» fand mit dem Marshallplan teilweise statt;[31] so sind etwa Ansätze einer erstmaligen Kartellgesetzgebung nach dem Modell der US-amerikanischen *anti trust*-Politik auch nach 1945 in Westeuropa[32] erkennbar, weiter ist auch die Übernahme US-amerikanischer Managementmodelle festzustellen.[33] Am Beispiel der auf US-amerikanische Initiative hin errichteten *European Productivity Agency (EPA)* lassen sich diese Transfer- und Kommunikationsprozesse für die westeuropäischen Nationalstaaten relativ gut rekonstruieren.[34] Neu gegenüber der Zwischenkriegszeit war die Einsicht, dass der Nationalstaat nur als soziales Umverteilungsunternehmen eine Überlebenschance hat, was wiederum Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritte voraussetzte. Der Wille war vorhanden, nach der Desintegrationsphase der 1930er- und 40er-Jahre die Wirtschaftspolitik künftig zu koordinieren und den Protektionismus schrittweise zu überwinden, wobei die Erfahrungen des New Deal nicht nur die Unternehmer und konservativen Politiker, sondern ebenso die europäischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten überzeugen konnte.[35] Indem die Regierungen ihre wirtschaftspolitischen Massnahmen regelmässig innerhalb der *Organisation für wirtschaft-*

liche Zusammenarbeit in Europa (OECE)[36] zu rechtfertigen hatten, bestand eine gewisse Gewähr, dass in der Konzeption zumindest keine egoistischen Sonderwege verfolgt wurden. Mit dem zugegebenermassen weichen Mittel der «Konfrontation» und der späteren Länderexamen sowie einem kontinuierlichen wirtschaftsstatistischen Ausbau entstand eine nie zuvor gekannte gegenseitige Transparenz wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Hier liegt vermutlich der entscheidende Unterschied zu den gescheiterten Rekonstruktionsbemühungen der Zwischenkriegszeit im Rahmen des Völkerbundes.

Europäisierung der Agrarpolitik und das Mehrebenensystem als Leitvorstellung

Diese generellen Überlegungen sollen in der Folge exemplarisch an der Geschichte der schweizerischen Agrarpolitik in der Periode der 1950er- und 60er-Jahre diskutiert werden. Die Landwirtschaftspolitik kann als Mehrebenensystem modellhaft analysiert werden, indem sowohl die europäische als auch die nationale (schweizerische) Ebene untersucht und indem nach Transferprozessen gefragt wird. Der teilweise dramatische Schrumpfungsprozess in der landwirtschaftlich erwerbstätigen Bevölkerung ist zweifellos ein Merkmal der westlichen Industriestaaten. Dieser für die Schweiz gut untersuchte Befund gilt generell für Westeuropa, wobei die Ausgangslage und das Tempo unterschiedlich waren. Würde man die Agrarpolitik in einer ähnlichen empirischen Dichte für weitere Industrieländer untersuchen, würde man wohl auffallende Parallelen bezüglich der agrarpolitischen Konzeptionen konstatieren. Insbesondere die «Industrialisierung der Landwirtschaft» (Baumann/Moser) im Zuge des Wirtschaftsbooms der 1950er- und 60er-Jahre war das auffallende Charakteristikum einer auf Produktivitätsfortschritt ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Agrarsektor. Agrarpolitik erscheint in dieser Deutung nicht als Interessen-, sondern als Gesellschaftspolitik. Dieser Prozess ist weit gehend auf die staatliche Agrarpolitik zurückzuführen, welche nach Baumann und Moser «die Landwirtschaft in einem immer umfassenderen Sinne in die Wirtschaft und Gesellschaft des Industriestaates Schweiz integriert» hatte.[37] Doch woher stammen diese gesellschaftspolitischen Konzepte und wieso konnten sich diese durchsetzen?

Diese Fragen führen direkt zu den eingangs formulierten Überlegungen zurück. Der Nationalstaat ist für die Geschichtsschreibung üblicherweise der zentrale Bezugsrahmen, innerhalb dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen analysiert werden. Baumann und Moser analysieren in der erwähnten Studie weit gehend Entwicklungen innerhalb dieses Rahmens, sie deuten aber bereits

in einem Exkurs die «in anderen europäischen Ländern ähnliche agrarpolitische Zielsetzung» an,[38] doch bleiben die erwähnten Referenzen zur OECE und EWG eher kursorisch. Eine internationale bzw. westeuropäische Sichtweise würde die internationale Perspektive stärker betonen und die Politik jenseits des Nationalstaates ebenfalls quellenkritisch analysieren.[39] Würde eine um diese Perspektive ergänzte Analyse zusätzlichen Erkenntnisgewinn generieren?

Die Agrarpolitik war ein auf internationaler Ebene ständig diskutiertes Problem und genoss bisweilen ähnliche Aufmerksamkeit wie die europäische Kohlen- und Stahlpolitik zu Beginn der 1950er-Jahre. Mit der Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln während und unmittelbar nach dem Krieg in weiten Teilen Europas bestand ein grosses Bedürfnis, dieses Problem aus dem nationalen Zusammenhang zu lösen, es europäisch zu betrachten und jenseits nationalstaatlicher Grenzen lösen. Noch bis Mitte der 1950er-Jahre riefen die internationalen Organisationen die Landesregierungen etwa auf, ihre landwirtschaftliche Produktion zu steigern. In den USA, wo Grossbetriebe die Landwirtschaft dominierten, wurden vor allem durch intensive Düngung die Weizenerträge pro Fläche zwischen 1950 und 1973 verdoppelt und die Maiserträge beinahe vervierfacht. In Westeuropa und Japan, wo nach wie vor kleine Familienbetriebe die Landwirtschaft prägten, holten die Landwirte den Prozess der Motorisierung und Technisierung allmählich nach.[40]

Die westeuropäischen Landwirtschaftsminister erblickten einen Ausweg aus dem Rückstand gegenüber den USA in der «Industrialisierung der Landwirtschaft», um durch Produktivitätsfortschritte die Nahrungsmitteleinfuhren aus den USA auch aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen zu reduzieren. Dank dem Abbau des Handelsprotektionismus sollte sich in Westeuropa eine Standortspezialisierung im Agrarbereich herausbilden, indem Länder mit hoher Produktivität ihre landwirtschaftlichen Exporte besser absetzen würden. Diese mehrfachen und je nach Land unterschiedlichen Gewichtungen wurden in den frühen 1950er-Jahren intensiv unter den nationalen Verwaltungsspezialisten diskutiert. Ein vorläufiger institutioneller Rahmen wurde 1955 gefunden, indem es zur Gründung eines Komitees der Landwirtschaftsminister kam, welches der damaligen OECE angegliedert wurde.[41]

Die OECE-Landwirtschaftsminister schufen zwar noch keinen gemeinsamen europäischen Agrarmarkt, doch mit der Gegenüberstellung der landwirtschaftspolitischen Massnahmen («Konfrontierung der Agrarpolitiken») entwickelte sich in den Mitgliedsländern eine Art Transparenz bei den Massnahmen, welche die Ausgestaltung der nationalen Landwirtschaftspolitik beeinflussen konnte. So verständigten sich die Landwirtschaftsminister oder deren Stellvertreter innerhalb der OECE über die landwirtschaftspolitische Zielsetzung und postulierten eine Landwirtschaftspolitik, welche einerseits die Produktion von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu möglichst niedrigen Preisen und andrerseits die Sicherung

eines angemessenen Lebensstandards der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch staatliche Beihilfen garantieren sollte.[42]
Die schweizerische Wirtschaftspolitik begrüsste die Marktöffnungspolitik innerhalb Westeuropas nach 1945. Der zwischenstaatliche Handel sollte im Interesse des Industriestandortes Schweiz ausgedehnt werden, um wiederum auf westeuropäischer Ebene das Problem der Dollarknappheit mittel- bis langfristig zu lösen. Diese handelspolitische Zielsetzung war bereits bei der Formulierung des neuen Agrargesetzes von 1952 wohl bekannt, die Erhaltung des Bauernstandes somit ein kaum einzulösendes Postulat – trotz gegenteiliger Verfassungs- und Gesetzesrhetorik. Die Rolle der bäuerlichen Interessenvertreter war ebenfalls stark von diesen Überlegungen geprägt. Sie waren transnational organisiert im Verband der europäischen Landwirtschaft, verfügten über enge Kontakte zur nationalen und europäischen Bürokratie und damit auch über den Zugang zu den technischen Komitees der OECE. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) übte zwar im nationalen Kontext Kritik am OECE-Liberalisierungskodex, der die Regierungen verpflichtete, den innereuropäischen Protektionismus schrittweise zu beseitigen. Die Verbandsvertreter wussten allerdings auf Grund ihrer Einbindung in den Entscheidungsprozess um die geringe Chance eines echten Agrarschutzes, der auch die Bauern und deren Betriebe «erhalten» hätte. Während die französischen Agrarvertreter den Ausweg in gemeinsamen europäischen Marktregelungen sahen, setzten die Schweizer eher auf Koordination der Landwirtschaftspolitik im Rahmen der OECE, um den rasanten Strukturwandel abzufedern. Die «ausserordentlich enge Einbindung des SBV in die staatliche Entscheidungsfindung»[43] funktionierte ebenso auf der europäischen Ebene. Die Verbandsvertreter hatten Einblick in die europäische Debatte und Entwicklungen, thematisierten ihre eigene Rolle darin aber kaum. Dies wäre ihnen auch schwer gefallen, waren sie doch verpflichtet, den schweizerischen Standpunkt in den Komitees und Arbeitsgruppen der OECE zu repräsentieren, genau gleich wie die Vertreter der Bundesverwaltung. Diese internationale Einbindung brachte zwar den Vorteil, dass die Landwirtschaftslobbyisten die internationalen Entwicklungen als Teil der offiziellen Regierungsdelegation direkt verfolgen konnten, sie führte aber auch zu einem weit gehenden Verzicht auf Kritik an der staatlichen Agrarpolitik.

Schluss – auf dem Weg zu einer internationalen Zeitgeschichte

Abschliessend ist auf drei Punkte einzugehen, welche das Verhältnis zwischen «Globalisierung», «Europäisierung» und Nationalstaat betreffen.
Erstens gilt es zu fragen, ob wir nach 1945 tatsächlich eine «Politik der Globali-

sierung»[44] feststellen können. Wir müssen wohl eher davon ausgehen, dass einerseits nicht der gesamte Globus, sondern hauptsächlich die OECD-Welt wieder zu gemeinsamen Lösungen im Bereich der grenzüberschreitenden Wirtschaftspolitik zurückgefunden hat und dass es sich andrerseits hauptsächlich um eine Rückkehr zur Kooperation in der internationalen Wirtschaftspolitik (Handels-, Zahlungsverkehrs- und Währungspolitik) handelte. Das Ziel war somit nach der Krise der 1930er- und 40er-Jahre, eine gemeinsam abgestimmte Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen durchzusetzen. Dieser Versuch einer «Reglobalisierung» beschränkte sich somit vorwiegend auf Westeuropa, weshalb sich mit dem Begriff «Europäisierung» diese Entwicklungen eher beschreiben lassen. Die US-amerikanischen Einflüsse sind etwa im Bereich der Antitrust-Konzeption sehr direkt in die Bundesrepublik Deutschland und von dort in die spätere Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eingeflossen, ansonsten wurden die US-amerikanischen Konzepte innerhalb der Marshallplanorganisation (OECE) stark an die westeuropäischen Verhältnisse angepasst und waren ebenfalls einem Europäisierungsprozess unterworfen.[45]

Zweitens gilt es zu fragen, an welchen Orten, in welchen Foren bzw. in welchen internationalen «Regimen» diese gemeinsamen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepte entwickelt wurden. Etwas konkreter stellt sich die Frage, welche internationalen und/oder europäischen Organisationen diesen Prozess der «Europäisierung» ab den 1950er-Jahren in die Nationalstaaten transferiert haben, welche gemeinsamen Konzepte sich dabei durchsetzen konnten und wie diese schliesslich in die Innenpolitik eingedrungen sind.[46] Dabei müssen präzise Periodisierungen vorgenommen werden. Für die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre hinein scheinen weniger das GATT, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds die zentralen Orte der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptbildungen gewesen zu sein als vielmehr die westeuropäisch-transatlantischen Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen. Es wäre deshalb gewinnbringend, die OECD bzw. deren Vorgängerorganisation, die OECE (Marshallplanorganisation), nicht nur als Datenquelle für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu verwenden, sondern diese Organisationen trotz ihrer institutionellen Schwächen selber zum historischen Gegenstand transnationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu machen.[47] Auch das neokorporative Element, welches wir aus nationalen Untersuchungen gut kennen, hat sich in der OECE/OECD teilweise fortgesetzt: hier handelt es sich um eine neuartige, originelle Plattform, wo staatliche und nichtstaatliche Akteure transnational regelmässig kommunizierten und kooperierten.[48] Dabei ging es nicht nur um die eigentliche Marshallplanhilfe (Stichwort: *European Recovery Program)* im Sinne eines primär monetären Wiederaufbauprogramms kriegsversehrter Länder nach dem Zweiten

Weltkrieg oder um die Rückkehr zum freien Zahlungsverkehr (Europäische Zahlungsunion, 1950–1958) und den Abbau von zwischenstaatlichen Handelshemmnissen, sondern um die Abstimmung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Konzepte generell. Die Diplomatiegeschichte verschmäht auf Grund ihres hauptsächlich auf Macht-, Sicherheits- und Prestigefragen ausgerichteten Forschungsinhalts diese Organisation weit gehend und analysiert vorwiegend die supranationalen und allenfalls europäisch-atlantischen Institutionen wie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Wirtschafts- (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) oder die NATO.[49] Die Arbeiten der diversen Komitees innerhalb der OECE für die 1950er-Jahre und der OECD für die Periode nach 1961 umfassen eine wenig bekannte Breite wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Debatten und empirischer Studien. In dieser Plattform diskutierten nicht nur die Experten der Aussenwirtschaftspolitik, sondern auch die Vertreter der Nationalstaaten über Fragen der Produktivität, der Forschung und Entwicklung, der Förderung des technischen und wissenschaftlichen Nachwuchses, der Arbeitsbeziehungen zwischen den Sozialpartnern, des Strukturwandels in der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Probleme der regionalen Abwanderung und der Urbanisierung, der Institutionalisierung einer Kartellpolitik, der Nutzung neuer Energieträger, des Ausbaus des Tourismus, der Verkehrsentwicklung, der Integration der Frauen in den Prozess der Erwerbsarbeit, der Bildungsforschung und der -ökonomie, der Etablierung einer staatlichen Forschungspolitik, der Entwicklungspolitik gegenüber den Mittelmeerländern und später der «Dritten Welt» sowie des Umweltschutzes.[50] Gemeinsam war all diesen Fragen die ökonomische Betrachtungsweise:[51] letztlich sollten aus der OECD-Optik diese Herausforderungen einem dauernden wirtschaftlichen Fortschritt dienen, weshalb in der Regel die Wirtschaftsminister primär so lange für diese Fragen zuständig waren, bis sich in den nationalen Bürokratien eigenständige Ressortministerien herausgebildet hatten.[52] Der Bezug zur OECE/OECD soll nicht im Sinne eines Primats über andere Organisationen verstanden werden. Je nach Politikbereich müssen natürlich weitere internationale und/oder europäische Organisationen einbezogen werden, wie zum Beispiel der Europarat für Fragen der Menschenrechts-, Kultur- oder Sozialpolitik, die UNO-Sonder- und deren Regionalorganisationen (beispielsweise das Regionalkomitee für Europa der Weltgesundheitsorganisation) und natürlich auch die supranationalen Organisationen wie die NATO, die EGKS, die EWG und die Europäische Atomgemeinschaft, kurz die gesamte Breite der *Construction de l'Europe*.[53] Man muss auch den Zuständigkeitswettbewerb dieses Internationalismus berücksichtigen, der sich in den 1950er- und 60er-Jahren durch einen etwas unkoordinierten Aktionismus der jeweiligen hohen Beamten dieser Organisationen herausbildete und die nationalen Verwaltungen wiederholt vor organisatorische

und finanzielle Probleme stellte. Ausserdem sind auch die Zuständigkeiten einer historischen Entwicklung unterworfen: Es ist zu berücksichtigen, dass die europäischen Gemeinschaften sich im Laufe der 1960er-Jahre zunehmend neue Politikbereiche angeeignet hatten, wie dies zuvor für die OECE/OECD zu beobachten ist. Dabei waren die europäischen Gemeinschaften wohl weniger auf der Ebene der Konzeption innovativ als in der Umsetzung, da der EG-Kommission dank dem Europäischen Gerichtshof ein juristisches Druckmittel zur Verfügung stand. Bei der Quellenarbeit empfiehlt es sich, zuerst von den Beständen der Fachministerien auszugehen und von dort aus die internationalen Bezüge zu erkennen, bevor die Bestände der Aussenministerien untersucht werden. Dieses Vorgehen ist selbstredend für die *low politics* geeignet.

Drittens sollte die Zeitgeschichte gerade vor dem Hintergrund der Globalisierungsdebatte im ausgehenden 20. Jahrhundert wieder vermehrt dem Politischen Beachtung schenken, nachdem es zeitweilig zu einer Fokussierung auf mentalitäts- und kulturgeschichtliche Aspekte in der Gesellschaftsgeschichte kam. «Globalisierung» (bzw. «Reglobalisierung») war weit mehr als angenommen Ausdruck politischer Steuerung. Um diese Prozesse historisch zu analysieren – die klassische Wirtschaftsgeschichte schenkt den institutionellen Faktoren viel zu wenig Aufmerksamkeit –, offeriert die Politikwissenschaft ein mittlerweile genügend differenziertes Instrumentarium, welches innovative Effekte auf die Zeitgeschichte haben dürfte. Die Theorie der internationalen Beziehungen und das Konzept des internationalen Regimes sind mittlerweile bald so alt wie die Quellen, die in den nationalen und – nicht zu vergessen – in den internationalen Archiven auf die Zeitgeschichtler warten.[54] Dabei könnten Studien zum Zusammenspiel internationaler/europäischer Konzepte und nationaler Politikgestaltung vorangetrieben werden, um an die Frage anzuknüpfen, ob Innenpolitik tatsächlich *Innen*politik ist bzw. war. Es gilt zu untersuchen, welche Strategien nationale Politiker, mittlere und hohe Beamte (nicht nur die klassischen Diplomaten in den Aussenministerien!), aber auch Interessenvertreter von Nichtregierungsorganisationen in internationalen Organisationen einbringen konnten und wie diese Ergebnisse – wenn auch nur in Form von weichen Empfehlungen – schliesslich den Weg in die nationale Politik gefunden haben. Diese Ansätze werden die Nationalgeschichte nicht beseitigen, genau so wenig wie die «Europäisierung» oder die europäische Integration in den vergangenen 50 Jahren den Nationalstaat obsolet gemacht hat. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. «Europäisierung» und die Ausweitung an Zuständigkeit des Nationalstaates schliessen sich nicht aus – so die These von Milward –, sondern bedingen einander gegenseitig.[55] Das Fallbeispiel Schweiz, wo transnationale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte stets eine bedeutende Rolle gespielt haben, wird dabei genau so interessant sein wie die Beispiele grosser Län-

der, die traditionell in den internationalen Beziehungen bevorzugt untersucht werden. Dabei soll auch das gesellschaftliche Element vermehrt in die Geschichte der internationalen Beziehungen Einzug halten. Diese Erweiterung zu einer internationalen Zeitgeschichte hätte auch den Vorteil, dass man die Beispiele international besser diskutieren könnte, anstatt die einzelnen Länderbeispiele nur komparativ neben- und nacheinander zu behandeln, wie dies in der Regel bei internationalen Tagungen der Fall ist. Man hätte eine Referenz und könnte die einzelnen Fallbeispiele jeweils als lokale Variante deuten. In schweizerischer Hinsicht wäre dies auch ein Vorteil, um sich vermehrt in den europäischen Forschungszusammenhang einzubringen. Diese hier skizzierten Ansätze würden hoffentlich auch dazu beitragen, Geschichte als Wissenschaftsdisziplin und Unterrichtsfach wieder relevanter für die Gesellschaft zu machen, indem sich deren Vertreter vermehrt in die wahrscheinlich anhaltende Globalisierungsdebatte einschalten könnten.

Anmerkungen

1 Der Autor bedankt sich für viele kritische Anmerkungen zu diesem Beitrag bei PD Dr. Guido Müller vom Historischen Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH).

2 Osterhammel, Jürgen, «Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen», in: Loth, Wilfried: Osterhammel, Jürgen (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten* (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 10), München 2000, S. 387–408, hier 387.

3 Der Begriff der Zeitgeschichte bleibt ein unscharfer. Ich verstehe darunter die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die jüngste Gegenwart, doch kann auf Grund der geltenden Regelungen des Zugangs zu den Archivbeständen eine historische Quellenkritik nur bis in die jüngere Gegenwart geleistet werden.

4 Es geht hier nur am Rande um die wirtschaftsgeschichtliche Debatte, also beispielsweise um die Frage, wann zum ersten Mal ein Globalisierungsprozess in der Weltgeschichte festzustellen ist. Diese Frage wäre ohnehin nicht von der Zeitgeschichte alleine zu beantworten.

5 Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts,* 2. Aufl., München 1999, S. 324–362.

6 Kaelble, Hartmut (Hg.), *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa,* Opladen 1992.

7 Zitiert nach Conze, Eckart, «Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension internationaler Geschichte», in: Loth/Osterhammel (wie Anm. 2), S. 117–140, hier 134.

8 Als Beispiel einer solchen Reflexion Gehler, Michael, *Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung* (Historisch-politische Analysen, Bd. 12), Bochum 2001. Gehler versteht diesen Beitrag als Entwurf einer Forschungsagenda. Vgl. auch Conze, Eckart, «Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung», in: Baberowski, Jörg (Hg.), *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte,* Stuttgart 2001, S. 43–65.

9 So ähnlich argumentiert Loth in der Einleitung zu seinem von ihm und Osterhammel herausgegebenen Band (wie Anm. 2).

10 Conze (wie Anm. 7), S. 119 ff.
11 Ekkehart Krippendorf, «Ist Aussenpolitik Aussenpolitik?», *Politische Vierteljahresschrift* (1963).
12 Kohler-Koch, Beate, «Inselillusion und Interdependenz. Nationales Regieren unter den Bedingungen von ‹international governance›», in: Blanke, Bernhard; Wollmann, Hellmut (Hg.), *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel* (Leviathan, Sonderheft Nr. 12), Opladen 1991, S. 45–67, hier 52.
13 Siehe beispielsweise James, Harold, *Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft* (20 Tage im 20. Jahrhundert), München 1997, S. 16.
14 Risse, Thomas, *Multilaterale Entscheidungen unter der Bedingung der Globalisierung. Wenn die Staatenwelt auf die Gesellschaftswelt trifft.* Beitrag für die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (ungedruckte Version), siehe unter http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Risse-Kappen/Person/trk.htm.
15 Kaelble, Hartmut, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880–1980,* München 1987.
16 In der Edition *Zweite Moderne* gibt Ulrich Beck bei Suhrkamp Monografien und Essaysammlungen heraus. Diese befassen sich mit den «Herausforderungen, Widersprüchen und Chancen in der alltäglichen Lebensführung, aber auch in Wirtschaft, Kultur und Politik in einer Welt, in der die Nationalökonomien in den Sog der ‹Globalisierung› geraten, in der über die Grenzen von Betrieben, Branchen, Nationen hinweg Produktion, Arbeit und Steuern neu verteilt (bzw. vorenthalten) werden».
17 Zürn, Michael, «Scharz-Rot-Grün-Braun. Reaktionsweisen auf Denationalisierung» in: Beck, Ulrich (Hg.), *Politik der Globalisierung,* Frankfurt a. M. 1998, S. 297–330, hier 328.
18 Der Begriff der «Westernisierung» wurde in einem von Anselm Doering-Manteuffel geleiteten Projekt der Universität Tübingen auf die Bundesrepublik Deutschland angewendet. «Der Begriff Westernisierung bezeichnet die Herausbildung einer gemeinsamen Werteordnung in den Gesellschaften diesseits und jenseits des Nordatlantiks. Dabei stellt er die historische Konstellation des 20. Jahrhunderts, insbesondere die Epoche nach 1945, in den weiteren geschichtlichen Zusammenhang der europäisch-atlantischen Entwicklung in die Moderne hinein.» Doering-Manteuffel, Anselm, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert,* Göttingen 1999, S. 13.
19 Programmatisch für die Disziplin der internationalen Beziehungen Gerald Schneider, «Die bürokratische Politik der Aussenpolitikanalyse. Das Erbe Allisons im Licht der gegenwärtigen Forschungspraxis», *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (1997), S. 107–123.
20 Als deutschsprachiger Klassiker gilt immer noch Rittberger, Volker (Hg.), *Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandesaufnahme und Forschungsperspektiven,* Opladen 1990.
21 Kaiser, Wolfram, «Globalisierung und Geschichte. Einige methodische Überlegungen zur Zeitgeschichtsschreibung der internationalen Beziehungen», in: Müller, Guido (Hg.), *Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert,* Stuttgart 1998, S. 31–48, 42 f.
22 Senti, Martin, *Internationale Regime und nationale Politik. Die Effektivität der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Industrieländervergleich,* Bern etc. 2002. Wertvoll ist neben der ILO-Fallstudie in dieser Studie für die deutschsprachige Leserschaft die Einleitung, wo die vor allem im US-amerikanischen Raum länger existierende Debatte sorgfältig in eine deutsche Terminologie überführt wird.
23 Auch Kaiser (wie Anm. 21) bleibt diesbezüglich wenig erhellend und beschränkt sich – wie im Untertitel angedeutet – auf die Methodenfrage.
24 Trotz einer kurzzeitigen Wiederbelebung der Zeitgeschichte wegen der politischen und juristischen Debatte um die ungelösten Probleme und Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft (insbesondere eigentumsrechtliche Fragen und ungenügend abgegoltene Zwangsarbeiterentschädigungen) ist die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichte eher rückläufig. Hinzuzufügen bleibt, dass auch die so genannte Holocaustdebatte wenig transnational, dafür umso mehr national geführt und von den verschiedenen Historikerkommissionen als nationale Unterneh-

men aufgezogen wurden. Wenn im Nachgang versucht wird, die Resultate von zwei Dutzend Kommissionen einfach zusammenzufassen, können die Defizite einer einseitig nationalen Forschungsstrategie kaum aufgefangen werden.

25 Im April 2002 fand in Königswinter bei Bonn eine Tagung, organisiert von Guido Müller zusammen mit Ulrich Lappenküper und Eckart Conze, zum Thema «Erneuerung und Erweiterung. Themen und Perspektiven einer Geschichte der internationalen Beziehungen» statt. Hartmut Kaelble beschäftigte sich mit der deutschen Sozialgeschichte in Beziehung zur Geschichte der internationalen Beziehungen, Guido Müller mit dem Thema «Internationale Gesellschaftsbeziehungen: eigenständiges Forschungsfeld oder ergänzende Perspektive?» Diese und weitere Beiträge u. a. von Wolfram Kaiser, Johannes Paulmann und Eckart Conze sollen im Jahr 2003 von den Organisatoren herausgeben werden.

26 Vgl. die Anm. 8.

27 Kaelble (wie Anm. 6).

28 Ziebura, Gilbert, «Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration. Der Fall Frankreich», in: Winkler, Heinrich August; Kaelble, Hartmut, *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität,* Stuttgart 1993, S. 34–55, hier 36.

29 Zürn (wie Anm. 17), S. 328.

30 Bahnbrechend und grundlegend dazu Milward, Alan S., *The European Rescue of the Nation-State,* London 1992.

31 Vgl. Doering-Manteuffel (wie Anm. 18).

32 Griffiths, Richard T.; Brusse, Wendy A., «L'European Recovery Program e i cartelli: una indagine preliminare», *Studi Storici* 37 (1996), S. 41–68.

33 Bjarnar, Ove; Kipping, Matthias (Hg.), «The Marshall Plan and the Transfer of US Management Models to Europe: an Introductory Framework» in: Dies. (Hg.), *The Marshall Plan and the Transfer of US Management Models* (Routledge Studies in Business History, Bd. 5), London, New York 1998, S. 1–17.

34 Boel, Bent, «The European Productivity Agency. A Faithful Prophet of the American Model?», in: Kipping/Bjarnar (wie Anm. 33), S. 37–54.

35 Haberl, Othmar Nikola; Niethammer, Lutz (Hg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke,* Frankfurt a. M. 1986.

36 Organisation Européenne de la Coopération Economique (1948–1961), englische Abkürzung: OEEC.

37 Baumann, Werner; Moser, Peter, *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968,* Zürich 1999, S. 425 f.

38 Ebd., S. 356–358.

39 Innerhalb des nationalen Forschungsprogramms 42 über «Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik» hat der Verfasser das Beispiel der internationalen Landwirtschaftspolitik untersucht. Die Studie von Baumann und Moser entstand zur selben Zeit, wobei deren Resultate eher vorlagen und somit besser in die Fallstudie zur internationalen Landwirtschaftspolitik eingebaut werden konnten als umgekehrt, vgl. Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Andreas; Meier, Daniela, *Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914–1978. Bundesrat und Bundesverwaltung: Entscheidungsprozesse und Netzwerke in der Landwirtschafts- und Umweltschutzaussenpolitik* (Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte), Zürich 2002.

40 Van der Wee, Herman, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980* (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 6), München 1984, S. 16 ff.

41 Neben den OECE-Ländern partizipierte auch Spanien an diesem Komitee.

42 Ausführlich dazu siehe Gees/Kellerhals-Maeder/Meier (wie Anm. 38), Teil II, Kapitel 2. Zur Rolle der Landwirtschaft bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vgl. Thiemeyer, Guido, *Vom «Pool Vert» zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik,* München 1999.

43 Baumann/Moser (wie Anm. 37), S. 427.
44 So der Titel der Aufsatzsammlung des Soziologen Ulrich Beck, vgl. Beck (wie Anm. 16).
45 Insbesondere in Frankreich gab es einen breiten Antiamerikanismus, dessen Wirkung die europäische Integration befördert haben dürfte.
46 Ähnliche institutionelle Entwicklungen, wie sie hier für die Landwirtschaft skizziert wurden, gab es auch im Bereich der Verkehrs-, der Bildungs-, der Wissenschafts- und später der Umweltpolitik. Für diese Politikbereiche organisierte die OECD in den 1960er-Jahren diverse Arbeitsgruppen und Ministerkonferenzen, welche Empfehlungen an die Adresse der Mitgliedsstaaten verabschiedeten.
47 Die Integrationshistoriker beschäftigen sich nur am Rande mit der OECE – in der Regel im Rahmen der Vorgeschichte zu den supranationalen Organisationen. Diese Integrationsgeschichte stellt meist fest, was die OECE nicht leisten konnte; der OECE werden dann die supranationalen Gebilde wie die Montanunion (EGKS) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegenübergestellt. Das Archiv der OECE/OECD ist für die historische Forschung im Historischen Archiv der Europäischen Gemeinschaften in Florenz zugänglich gemacht worden. Nähere Informationen zu diesem Bestand sind der Website zu entnehmen (http://www.iue.it/ECArchives).
48 Das scheint mir ein wesentlicher Unterschied zur Arbeitsweise des Völkerbundes zu sein, der allerdings genauer herausgearbeitet werden müsste. Zur Geschichte der OECE/OECD vgl. Organization for Economic Co-operation and Development, *The European Reconstruction 1948–1961: Bibliography on the Marshall Plan and the Organisation for European Economic Co-operation (OEEC)* (OECD historical series), Paris 1996.
49 Diese Fokussierung hängt vermutlich weit gehend mit der quasimonopolartigen Stellung der *Groupe de liaison des professeurs d'histoire contemporaine auprès de la Commission européenne* zusammen, welche 1982 in Luxemburg gegründet worden ist und seither mit der Europäischen Kommission (Generaldirektion X) zusammenarbeitet. Ihr gehören u. a. Wilfried Loth, Klaus Schwabe, Michel Dumoulin, Gilbert Trausch und Alan S. Milward an. Die Mitglieder dieser Verbindungsgruppe publizieren regelmässig umfassende Tagungsbände, welche mittlerweile die Geschichte der Mitgliedsländer der europäischen Gemeinschaften von 1948 bis 1969 umfasst. Bisher sind sieben Bände erschienen, vgl. Loth,Wilfried, «Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der europäischen Integration», in: Ders.; Wessels, Wolfgang (Hg.), *Theorien europäischer Integration* (Grundlagen für Europa, Bd. 7), Opladen 2001, S. 87–106, hier 89 f.
50 Die Liste ist nicht vollständig; die Aufzählung dient lediglich dazu, auf die eher unbekannte Arbeit dieses breiten und unübersichtlichen internationalen *think tank* hinzuweisen.
51 Dies hängt mit der Zweckbestimmung der Konvention zusammen, welche lautete, «in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen». Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Teilnahme der Schweiz an der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (5. 5. 1961), Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1961, Bd. 1), S. 945–984, hier 958.
52 Zur Illustration dieses Sachverhalts siehe das Beispiel der Umweltpolitik und die Gründung des Bundesamts für Umweltschutz (BUS) bei Gees/Kellerhals-Maeder/Meier (wie Anm. 39), Teil II, Kap. 3.
53 Gerbet, Pierre, *La Construction de l'Europe,* Paris 1983.
54 Eine angenehme Nebenerscheinung des globalisierungskritischen Diskurses und der Protestbewegung ist die Archivpolitik internationaler Organisationen. Zum Stand der europäischen Archivlandschaft vgl. Asbeek, Brusse Wendy; Griffiths, Richard T., «A la découverte de l'OECE. Le potentiel et les sources», in: Griffiths, Richard T. (Hg.), *A la découverte de l'OECE,* Paris 1997, S. 15–34.
55 Milward (wie Anm. 30).